



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Anregungen und  
Beschwerden**

Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: [Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de](mailto:Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de)

Datum: 10.05.2017

**Niederschrift**

über die **20. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 09.05.2017, 17:00 Uhr bis 18:45 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

**Anwesend waren:**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Frank Schneider	SPD
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Dagmar Paffen	auf Vorschlag der SPD
Frau Margret Dresler-Graf	CDU in Vertretung für Frau Sommer
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Gräfin Alexandra von Wengersky	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE in Vertretung für Frau Aymaz
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der FDP

**Beratende Mitglieder**

Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Herr Ulf Florian	SPD
Frau Helga Schlapka	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geysse	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Thomas Rossbach	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Dieter Schöffmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Peter Heumann	auf Vorschlag Die Linke.



## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

#### 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

#### 2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

2.2 Mitteilungen der Verwaltung

2.2.1 Zurückgewiesene Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: ehemalige Benzelrather Kohlenbahn (Az.: 02-1600-40/17)  
0989/2017

2.2.2 Köln nimmt an der Aktion "Stadtradeln vom 17. Juni bis 07. Juli 2017 teil  
1237/2017

2.2.3 Sachstandsmitteilung zu einer Bürgereingabe gem. § 24 GO, Ulrich-Haberland-Haus (Az.: 02-1600-32/17)

2.2.4 Sachstandsmitteilung zu einer Bürgereingabe gem. § 24 GO, Container KGS Fußballstraße (Az.: 02-1600-62/17)

#### 3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

3.2 Schriftliche Anfragen

#### 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fragen und Anregung zu Online-Service "Falsch geparktes Fahrzeug melden" (Az.: 02-1600-208/16)  
0238/2017

4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Beschaffung von 10 Elektrofahrzeugen für Dienstfahrten (Az.: 02-1600-203/16)  
0553/2017

4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO - Lichtraumprofil -  
1253/2017

4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Umbaumaßnahmen der Straße "Am Kämpchenshof" zwischen Hansaring und Maybachstraße (Az.: 02-1600-50/16)  
3102/2016

- 4.5 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrbahnmarkierung in der Domumgebung (Az.: 02-1600-170/16)  
3840/2016
  
- 4.6 Bürgereingabe gem. § 24 GO "Umwandlung von Autostellplätzen in Fahrradstellplätze in den Stadtteilen Innenstadt, Rodenkirchen, Lindenthal, Ehrenfeld, Chorweiler und Kalk"(AZ.: 02-1600-168/16)  
1033/2017

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **5 Mitteilungen**

### **6 Anfragen**

6.1 Mündliche Anfragen

6.2 Schriftliche Anfragen

### **7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

### **2 Mitteilungen**

#### **2.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

#### **2.2 Mitteilungen der Verwaltung**

##### **2.2.1 Zurückgewiesene Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: ehemalige Benzelrather Kohlenbahn (Az.: 02-1600-40/17) 0989/2017**

Kenntnis genommen.

##### **2.2.2 Köln nimmt an der Aktion "Stadtradeln vom 17. Juni bis 07. Juli 2017 teil 1237/2017**

Kenntnis genommen.

Herr stellv. Ausschussvorsitzender Schneider, SPD, betont, dass es sich hierbei um eine gute Aktion handele.

##### **2.2.3 Sachstandsmitteilung zu einer Bürgereingabe gem. § 24 GO, Ulrich-Haberland-Haus (Az.: 02-1600-32/17)**

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist auf eine Eingabe des Bürgervereins Stammheim zum Ulrich-Haberland-Haus hin. Diese wurde gemäß dem in der Hauptsatzung festgelegten Verfahren an den fachlich zuständigen Liegenschaftsausschuss weitergeleitet. Dieser tagt zeitgleich im Theodor-Heuss-Saal.

Herr Florian, SPD, fragt nach, ob sichergestellt sei, dass der Bürgerverein im Liegenschaftsausschuss Rederecht erhalte.

Herr Dr. Höver teilt mit, dass der Vorsitzende des Liegenschaftsausschuss seitens der Geschäftsstelle gebeten wurde, Rederecht einzuräumen. Sichergestellt sei dies aber nicht, da das Rederecht für Petentin und Petenten nur für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden festgelegt sei.

Herr Florian, SPD, bezeichnet dies als unschön.

##### **2.2.4 Sachstandsmitteilung zu einer Bürgereingabe gem. § 24 GO, Container KGS Fußfallstraße (Az.: 02-1600-62/17)**

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, informiert den Ausschuss über eine Eingabe, die sich gegen die Aufstellung von Schulcontainern an der KGS Fußfallstraße in Merheim wendet. Der Rat der Stadt Köln hat der Aufstellung in seiner Sitzung am 14.02.2017 einstimmig zugestimmt. Die ursprüngliche Beschwerde wurde der Geschäftsstelle am Sonntag, dem 12.02.2017 übersandt. Aufgrund der Dringlichkeit wurde die Beschwerde direkt am Montag, dem 13.02.2017 an die zuständige Fachverwaltung weitergeleitet, welches alle in diesem Zusammenhang eingehenden Beschwerden beantwortete. Leider ist dies im vorliegenden Fall

erst auf Nachfrage von Herrn Klein, CDU, am 27.04.2017 erfolgt. Die Bürgerin hat daraufhin mitgeteilt, ihre Beschwerde aufrecht zu erhalten, so dass nunmehr die Bearbeitung als Bürgereingabe aufgenommen wurde. Das Amt für Schulentwicklung wurde gebeten, eine Beschlussvorlage zur Vorlage in den Gremien zu erstellen. Herr Dr. Höver weist darauf hin, dass die Verwaltung an den Beschluss des Rates vom 14.02.2017 gebunden sei und diesen derzeit umsetze. Das Verfahren gem. § 24 GO habe keine aufschiebende Wirkung.

### **3 Anfragen**

#### **3.1 Mündliche Anfragen**

#### **3.2 Schriftliche Anfragen**

### **4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

#### **4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fragen und Anregung zu Online-Service "Falsch geparktes Fahrzeug melden" (Az.: 02-1600-208/16) 0238/2017**

Der Petent begründet seine Eingabe. Er merkt an, dass seine Eingabe am 07.12.2016 erfolgt sei. Am 16.03.2017 habe es einen Presseartikel gegeben, der teilweise von der Beschlussvorlage abweichende Zahlen beinhalte. Zu seiner gestellten Frage 3 habe er keine Antwort entnehmen können, hiermit könne er aber leben. Die Möglichkeit, Falschparker online zu melden, sei ein gutes Serviceangebot der Stadt Köln. Wenn ein solches Angebot vorhanden sei, sollte die Verwaltung aber auch darstellen, wie es angenommen werde. Er bittet dem alternativen Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Herr Kresse, Amt für öffentliche Ordnung, merkt an, dass das Erheben und Vorhalten von Daten erhebliche Personalressourcen binde. Die Bußgeldstelle arbeite in einem Bereich, in welchem die Priorität auf der Ahndung von Verstößen liege. Es werde nicht das Erfordernis gesehen, einen kleinen Bereich des Anzeigeaufkommens hervorzuheben. Der Bereich der Fremdanzeigen habe ein Aufkommen von jährlich etwa 1 bis 1,5 Prozent aller festgestellten Verstöße (ca. 2.000.000). Gesamtzahlen würden immer am Ende eines Jahres veröffentlicht. Die Bußgeldstelle mache keinerlei Unterscheidungen darüber, wer die Anzeige gestellt habe. Daher werde keine Notwendigkeit gesehen, die Fremdanzeigen speziell im Internet auszuweisen.

Frau Paffen, SPD, spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus. Bei der weiteren Erhebung von Daten sehe Ihre Fraktion die Gefahr, dass hier vielleicht, wenn auch unbewusst, Denunziantentum Vorschub geleistet würde. Die Erhebung der Daten bedeute darüber hinaus einen erheblichen Personal- und Zeitaufwand.

Herr Hammer, Grüne, bittet um Darstellung des Aufwandes der Datenerhebung. Eventuell könnten die Zahlen aus den verwendeten Programmen ausgelesen werden. Des Weiteren fragt er nach, ob es möglich sei, vorhandene Rohdaten graphisch aufzuarbeiten und zu veröffentlichen. Er bittet den Petenten darzustellen, ob der Sinn seiner Eingabe tatsächlich die Förderung von Denunziantentum sei.

Der Petent führt aus, dass es sich um ein öffentliches Angebot der Stadt Köln handle, Parkverstöße zu melden. Er sehe dies daher nicht als Denunziantentum an. Vielmehr sei seine Eingabe ein Ausfluss von Frustration u.a. bei Radfahrern, die Verstöße anzeigen und keine Mitteilung über den Bearbeitungsstand erhielten. Er strebe eine reine transparente Darstellung gerne auch der Gesamtdaten an. Aus diesen könne man sich die benötigten Daten auslesen.

Herr Erkelenz, CDU, fragt nach, ob es richtig sei, dass die Daten bereits hinterlegt seien.

Herr Kresse teilt mit, dass verschiedenste Dienststellen der Verwaltung bei konkreten Nachfragen mit erheblichem Aufwand die Daten zusammenstellen können. Dies sei auch dem vorhandenen Softwaresystem geschuldet. Die Informationspolitik gegenüber Fremdanzeigern sei gesetzlich festgelegt. Der Anzeigenerstatter habe keinen Anspruch auf Mitteilung über den Ausgang des Verfahrens, es sei denn, das Verfahren wurde eingestellt.

Frau Paffen, SPD, fragt nach, ob es zutreffend sei, dass die Daten am Ende eines Jahres veröffentlicht werden.

Herr Kresse teilt mit, dass dies zutreffe. Der AVR erhalte eine entsprechende Mitteilung.

Herr Hammer, Grüne, merkt an, dass er der Diskussion entnommen habe, dass gewisse Daten vorliegen. Er regt an, dass zumindest die verfügbaren Daten, die bereits erhoben werden, nicht nur jährlich, sondern auch kurzfristiger veröffentlicht werden. Er bittet dies als Anmerkung in die Niederschrift aufzunehmen.

Für Herrn Pohl, CDU, erschließt sich die Sinnhaftigkeit einer solchen Vorgehensweise nicht. Der AVR erhalte einmal jährlich einen umfassenden Bericht, aus dem sich jeder informieren könne.

Frau Domke, FDP, spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Der Petent merkt an, dass ihm bisher nicht bekannt gewesen sei, dass dem AVR die Daten vorgelegt werden.

Herr stellv. Ausschussvorsitzender Schneider, SPD, bittet die Verwaltung, dem Petenten den Titel der AVR-Vorlage mitzuteilen.

Aufgrund des Diskussionsverlaufs stellt Herr stellv. Ausschussvorsitzender Schneider, SPD, den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe und nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zu den aufgeworfenen Fragen zur Kenntnis. Der Ausschuss spricht sich gegen die angeregte Darstellung der Informationen zu Fremdanzeigen aus.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Frau Akbayir (Linke).

#### **4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Beschaffung von 10 Elektrofahrzeugen für Dienstfahrten (Az.: 02-1600-203/16) 0553/2017**

Der Petent begründet seine Eingabe ausführlich. Er verweist auf das Beispiel einer Kommune in Baden-Württemberg, welche bereits 2 Elektrofahrzeuge für Dienstfahrten mit einer Ladestation am Rathaus betreibe. Auch in Hong-Kong und Shanghai habe er zahlreiche Elektrofahrzeuge wahrgenommen. Köln könne hier Vorreiter sein. Der Ottmar-Pohl-Platz biete genug Fläche für seinen Vorschlag.

Herr Dr. Kreitsch, Koordinationsstelle Klimaschutz, begrüßt die grundsätzliche Intention der Eingabe. Auch die Stadt Köln sei bestrebt, die Elektromobilität zu fördern. Bisher seine Umstellung der städtischen Fahrzeugflotte im großen Stil aber aufgrund der technischen Spezifikationen und der Nutzungsanforderungen nicht möglich gewesen. Reichweite und Zuladung seien bei den zur Verfügung stehenden Fahrzeugen noch nicht ausreichend. Die Verwaltung arbeite mit Hochdruck an einer Förderung der Elektromobilität. Es gebe derzeit 150 Ladestationen, die aber teilweise nicht öffentlich zugänglich seien. Es werde sich daher in Zusammenarbeit mit der RheinEnergie auf den Ausbau der Infrastruktur im öffentlichen Straßenland konzentriert. Ein entsprechendes Konzept werde derzeit erarbeitet. Aufgrund eines Beschlusses des Verkehrsausschusses aus dem Jahr 2016 seien die städtischen Dienststellen schon

jetzt verpflichtet zu prüfen, ob Dienstfahrten alternativ zu benzinbetriebenen KfZ durchgeführt werden können. Sollte das nicht möglich sein, soll geprüft werden, inwieweit bei einer Beschaffung auf ein Elektroautomobil oder zumindest ein Hybrid-Fahrzeug umgestellt werden kann. Derzeit sei im Gespräch, wie im Ordnungsdienst der Stadt Köln insgesamt 27 Fahrzeuge auf Elektroautomobile umgestellt werden können. Das weitere Vorgehen zur Förderung der E-Mobilität sei von der Verwaltung per Mitteilung dem Verkehrs- und Umweltausschuss am 31.01.2017 und 02.02.2017 mitgeteilt worden. Gemäß dem Beschluss des Rates sollen bis zum Jahr 2020 400 Stellflächen im öffentlichen Straßenland für das Laden und Parken von Elektroautomobilen entstehen.

Frau Paffen, SPD, begrüßt die Eingabe und spricht sich für eine Umsetzung aus.

Herr Fischer, Grüne, begrüßt die Eingabe ebenfalls. Er verweist auf ein Projekt in Düsseldorf. Hier seien von der Stadt E-Mobile angeschafft worden, die nach Dienstschluss von den Bürgerinnen und Bürgern ausgeliehen werden können. Er fragt nach, inwieweit auch E-Bikes oder Pedelecs in die Überlegungen einbezogen werden.

Frau Akbayir, Linke, spricht sich für die Beschlussvorlage aus, die im Sinne des Petenten sei. Sie spricht sich für eine Prüfung der weiteren Vorgehensweise aus. Der Ottmar-Pohl-Platz biete zu wenig Platz. Stattdessen regt sie einen Standort im Parkhaus Dillenburger Straße an.

Herr Florian, SPD, spricht sich ebenfalls für die Eingabe aus. Auch im Bereich des Klimaschutzes und öffentlicher Bauten habe die Stadt Köln eine Vorreiterrolle übernommen. Er regt jedoch an, die Anzahl der zu beschaffenden Fahrzeuge entgegen der Eingabe nicht festzulegen.

Herr Dr. Kreitsch teilt mit, dass die einzelnen Dienststellen der Stadt Köln in eigener Zuständigkeit entscheiden, wie sie ihre von der Kämmerei anerkannten Ersatzbedarfe neu beschaffen. Eine Verpflichtung der Dienststellen auf Beschaffung von E-Mobilen könne nicht erfolgen, auch wenn diese eine Umstellung grundsätzlich prüfen sollen. Das Projekt aus Düsseldorf sei bekannt. Eine Umsetzung für Köln werde geprüft. Der Standort Ottmar-Pohl-Platz sei repräsentativ, um das Thema im öffentlichen Raum darzustellen. Dieser Standort können in das zu entwickelnde Standortkonzept als einer derjenigen aufgenommen werden, deren Umsetzung geprüft werde. E-Bikes und Pedelecs seien ebenfalls im Konzept enthalten.

Aufgrund des Beratungsverlaufs regt Herr stellv. Ausschussvorsitzender Schneider, SPD, folgenden geänderten Beschlussvorschlag an:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss bittet den Verkehrs- sowie den Umweltausschuss, die Anregung kurzfristig als Pilotprojekt mit Standort Ottmar-Pohl-Platz und unabhängig von der genannten Anzahl der E-Mobile umzusetzen.“

Herr Dr. Kreitsch verweist darauf, dass ohne ein Standortkonzept keine Ladesäule im öffentlichen Straßenland genehmigungsfähig sei. Aus Gleichbehandlungsgründen sei ansonsten jedem Antrag stattzugeben. Der Vorschlag könne in die Mitteilungsvorlage 1275/2017 zum Standortkonzept aufgenommen werden.

Herr stellv. Ausschussvorsitzender Schneider, SPD, merkt an, dass der vorgeschlagene Beschluss nichts verschlage.

Frau Domke, FDP, verweist auf die sehr guten Ausführungen der Fachverwaltung.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss bittet den Verkehrs- sowie den Umweltausschuss, die Anregung kurzfristig als Pilotprojekt mit Standort Ottmar-Pohl-Platz und unabhängig von der genannten Anzahl der E-Mobile umzusetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt



#### **4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO - Lichtraumprofil - 1253/2017**

Der Petent begründet seine Eingabe. Er kritisiert die Ausführungen der Verwaltung, da hier anscheinend Verstöße gegen bestehende Gesetze aufgrund mangelnden Personals von der Verwaltung nicht geahndet würden. Er regt an, Markisen nach einer Genehmigung mit einem Prüfsiegel zu versehen und nach einem Zeitraum zu überprüfen. Auf der Zülpicher Straße seien beispielsweise zahlreiche Markisen sehr niedrig angebracht.

Frau Neumann, Bauverwaltungsamt, teilt mit, dass unerlaubte Nutzungen geprüft und entsprechend geahndet werden. Die Verwaltung sei für entsprechende Hinweise dankbar, da die zuständige Fachabteilung über kein Außendienstpersonal verfüge, welches Verstöße prüfen könne.

Frau Paffen, SPD, fragt nach, ob der Ordnungs- und Verkehrsdienst im Rahmen seiner Tätigkeit ein Augenmerk hierauf richten könne.

Herr Fischer, Grüne, kann die Intention der Eingabe nachvollziehen, weist aber darauf hin, dass der Ordnungs- und Verkehrsdienst derzeit aufgrund zahlreicher Aufgaben sehr belastet sei. Zudem sei eine klare Aufgabenverteilung vorhanden, so dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht alle Verstöße ahnden dürfen. Bei konkreten Verstößen können Bürgerinnen und Bürger diese der Verwaltung melden.

Herr Heumann, Linke, spricht sich ebenfalls für eine Kontrolle von Verstößen durch den Ordnungsdienst aus.

Herr stellv. Ausschussvorsitzender Schneider, SPD, weist darauf hin, dass der Ordnungsdienst festgestellte Verstöße zumindest der zuständigen Dienststelle melden könnte.

Herr Pohl, CDU, spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Aufgrund des Beratungsverlaufs schlägt Herr Schneider folgenden Beschlusstext vor:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Die Freihaltung des sogenannten Lichtraumprofils über öffentlichem Straßenland wird grundsätzlich unterstützt und im Falle einer drohenden Gefahr wird im ordnungsbehördlichen Verfahren hiergegen vorgegangen. Die Mitarbeiter des Ordnungs- und Verkehrsdienstes werden im Rahmen ihrer Streife gebeten, aufgefallene Verstöße zumindest an die zuständige Stelle zu melden.“

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Die Freihaltung des sogenannten Lichtraumprofils über öffentlichem Straßenland wird grundsätzlich unterstützt und im Falle einer drohenden Gefahr wird im ordnungsbehördlichen Verfahren hiergegen vorgegangen. Die Mitarbeiter des Ordnungs- und Verkehrsdienstes werden im Rahmen ihrer Streife gebeten, aufgefallene Verstöße zumindest an die zuständige Stelle zu melden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

#### **4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Umbaumaßnahmen der Straße "Am Kämpchenshof" zwischen Hansaring und Maybachstraße (Az.: 02-1600-50/16) 3102/2016**

zurückgestellt

**4.5 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrbahnmarkierung in der Domumgebung (Az.: 02-1600-170/16) 3840/2016**

zurückgestellt

**4.6 Bürgereingabe gem. § 24 GO "Umwandlung von Autostellplätzen in Fahrradstellplätze in den Stadtteilen Innenstadt, Rodenkirchen, Lindenthal, Ehrenfeld, Chorweiler und Kalk"(AZ.: 02-1600-168/16) 1033/2017**

Die Petenten begründen ihre Eingabe ausführlich. Der Ansatz der jährlichen pauschalen Umwandlung von Pkw-Stellplätzen in Fahrradstellplätze werde bereits in Kopenhagen umgesetzt. Die bisherige Praxis bei Beantragung einer Umwandlung von Stellplätzen sei sehr zeitaufwändig. Zur Förderung des Fahrradfahrens sei eine massive Umwandlung notwendig. Fahrradparken sollte dem Pkw-Parken gleichgestellt werden.

Herr Rothe, Amt für Straßen und Verkehrstechnik, führt aus, dass die Verwaltung wie dargestellt empfehle, an der bisherigen Praxis einer bedarfsorientierten Umwandlung von Pkw-Stellplätzen in Fahrradstellplätze festzuhalten. Die Verwaltung sei hier im engen Austausch mit der Politik und den verschiedenen Initiativen. Eine pauschale Umwandlung in Höhe von jährlich 2 % sei nicht zielführend, da besonders in den hochverdichteten, innerstädtischen Stadtteilen ein sehr hoher Bedarf an Fahrradstellplätzen vorliege, in eher ländlich geprägten Stadtteilen jedoch nicht. Die langen Bearbeitungszeiten könne er grundsätzlich nicht bestätigen. Die Verwaltung reagiere sehr schnell auf entsprechende Vorschläge und Anträge. Allerdings seien im öffentlichen Straßenland immer die Interessen aller Verkehrsteilnehmer, auch der Pkw-Fahrer und Fußgänger, zu berücksichtigen. So könne es im Einzelfall durchaus zu Verzögerungen kommen.

Frau Paffen, SPD, betont die Wichtigkeit der Schaffung von Fahrradstellplätzen. Dies solle aber wie bisher bedarfsgerecht geschehen. Eine pauschale Umwandlung sei nicht zielführend.

Herr Fischer, Grüne, begrüßt die grundsätzliche Zielrichtung der Eingabe. Es würden deutlich mehr Fahrradabstellplätze benötigt. Allerdings spricht er sich ebenfalls gegen eine pauschale Umwandlung von Pkw-Stellplätzen aus. Aufgrund seiner Funktion als Bezirksvertreter in der Bezirksvertretung Innenstadt könne er berichten, dass durch einen Beschluss der BV 1 das PKW-Parken in die Parkhäuser verlegt werden soll und jährlich 10 % der Parkflächen bedarfsgerecht in Fahrradabstellplätze umgewandelt werden soll. Dies sei mit einem pauschalen Ansatz in Höhe von jährlich 2 % nicht zu erreichen. Er regt an, die Beschlussvorlage mit der grundsätzlichen Begrüßung der Zielrichtung der Eingabe an die Bezirksvertretungen zu verweisen.

Herr Heumann, Linke, merkt an, dass eine Verweisung in die Bezirksvertretungen positiv im Sinne der ökologischen Verkehrswende formuliert werden soll. Es sollte den Bezirksvertretungen überlassen werden, ob sie einen pauschalen oder bedarfsgerechten Ansatz verfolgen.

Frau Domke, FDP, spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Herr Erkelenz, CDU, spricht sich ebenfalls für eine bedarfsgerechte Umwandlung aus. Einem Verweis in die Bezirksvertretungen könne sich seine Fraktion anschließen.

Die Petenten führen aus, dass es beabsichtigt gewesen sei, mit den Bezirksvertretungen ins Gespräch zu kommen.

Herr Pohl, CDU, spricht sich ebenfalls für eine Verweisung in die Bezirksvertretungen aus.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist darauf hin, dass eine stadtweite Änderung der Prinzipien hin zu einer pauschalen Umwandlung eine überbezirkliche Angelegenheit sei und in die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses falle.

Herr Fischer regt folgenden geänderten Beschlusstext an:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe. Der Ausschuss begrüßt die grundsätzliche Zielrichtung der Eingabe und verweist sie in die dafür zuständigen Bezirksvertretungen mit der Bitte um eine bedarfsgerechte Umwandlung von Auto- in Fahrradparkplätze.“

Herr Rothe sieht auch die vorgeschlagene Formulierung als einen grundsätzlichen Wechsel der Prinzipien an, welcher in die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses falle.

Herr Dr. Höver merkt an, dass für eine Zuständigkeit der Bezirksvertretungen der pauschale Ansatz eindeutig abgelehnt werden müsste.

Frau Domke, FDP, regt an, den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend zu ergänzen, dass die Bezirksvertretungen beteiligt werden sollen.

Herr stellv. Ausschussvorsitzender Schneider, SPD, regt an, auch die Prozessbeschleunigung in den Vorschlag von Frau Domke aufzunehmen. Er lässt zunächst über den weitergehenden Antrag von Herrn Fischer abstimmen:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der Grünen und Linken.

Abstimmung über den Vorschlag von Frau Domke:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe und spricht sich gegen eine pauschale Umwandlung von Autostellplätzen in Fahrradstellplätze aus. Die Eingabe wird in die zuständigen Bezirksvertretungen verwiesen. Der Ausschuss spricht sich darüber hinaus für eine Prozessbeschleunigung bei der bedarfsgerechten Umwandlung von Auto- in Fahrradstellplätze aus.“

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Frau Akbayir, Linke.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe und spricht sich gegen eine pauschale Umwandlung von Autostellplätzen in Fahrradstellplätze aus. Die Eingabe wird in die zuständigen Bezirksvertretungen verwiesen. Der Ausschuss spricht sich darüber hinaus für eine Prozessbeschleunigung bei der bedarfsgerechten Umwandlung von Auto- in Fahrradstellplätze aus.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Frau Akbayir, Linke.

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **5 Mitteilungen**

### **6 Anfragen**

#### **6.1 Mündliche Anfragen**

#### **6.2 Schriftliche Anfragen**

### **7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

gez.

Schneider  
stellv. Vorsitzender

gez.

Schmitz  
Schriftführer